

Zwischen Dank und Klage

Ein Zwischenruf zur aktuellen Flüchtlingssituation



Bund Evangelisch-Freikirchlicher
Gemeinden in Deutschland K.d.ö.R.
www.baptisten.de | Bundesratstagung

Wer von diesen dreien, meinst du, ist der Nächste gewesen dem, der unter die Räuber gefallen war? Er sprach: Der die Barmherzigkeit an ihm tat. Da sprach Jesus zu ihm: So geh hin und tu desgleichen!

Lukasevangelium 10,36-37

Wie schon im vergangenen Jahr hat sich der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden auf seiner Bundesratstagung (Synode) vom 4. bis 7. Mai in Kassel mit der aktuellen Situation von Flüchtlingen in Europa beschäftigt. Auch wenn wir nicht allen Menschen helfen können, wollen wir Notleidende nicht ihrem Schicksal überlassen oder den Blick abwenden. Deshalb halten wir fest:

Wir sind dankbar für die große Hilfsbereitschaft in unserem Land und in unseren Gemeinden. Viele haben sich in den letzten Monaten in der Nothilfe für Flüchtlinge engagiert. Flüchtlinge sind freundlich aufgenommen und versorgt worden. Einige haben sich den Gemeinden angeschlossen. Viele Gemeinden sind dadurch bunter geworden, wurden bereichert. Wir danken allen, die sich die Not anderer zu eigen gemacht und damit dem Vorbild Jesu entsprochen haben.

Wir beklagen die Folgen der aktuellen Flüchtlingspolitik in Europa. Wenn Grenzen geschlossen werden und man die Aufnahme von Flüchtlingen nahezu unterbindet, wird die Notlage der Menschen nicht gelindert, sondern nur von uns ferngehalten. Es herrschen unhaltbare Zustände in den überfüllten Lagern Griechenlands, in Nordafrika und den Nachbarstaaten Syriens. Auch werden Flüchtlinge in die Türkei abgeschoben, ohne dass ihr individueller Anspruch auf Asyl geprüft wird. Dies entspricht weder den humanitären und rechtlichen Grundlagen Europas noch der UN-Menschenrechtsdeklaration oder der Genfer Flüchtlingskonvention. Wir erkennen zwar den Druck, der auf europäischen Staaten, den Kommunen und letztlich auf allen lastet, die sich für Flüchtlinge engagieren. Niemand, der Hilfe leistet, darf darin überfordert werden. Doch wir wollen nicht akzeptieren, dass Europa seine humanitären Standards aufgibt.

Wir fordern darum die Bundesregierung auf, humanitäre Regeln für den Zugang nach Europa zu entwickeln. Unser Anliegen ist, dass Menschen in Not Schutz gewährt wird. Organisationen wie die „Kommission der Kirchen für Migranten in Europa“ (Churches' Commission for Migrants in Europe, CCME) oder „Eurodiaconia“ haben bereits konkrete Lösungen entwickelt, wie humanitäre und rechtliche Standards umgesetzt werden können. Wir wünschen uns, dass unser Land dabei beherzt in Vorlage geht und Verantwortung übernimmt, anstatt auf gesamteuropäische Klärungen zu warten. Abschottung oder nationale Egoismen sind mit einer christlichen Grundhaltung nicht vereinbar. Das Wohlergehen der in Not geratenen Menschen muss im Fokus stehen.

Wir bekennen, dass wir in den westlichen Ländern eine Mitschuld an der Not in den Herkunftsländern der Flüchtlinge tragen. In einer globalisierten Welt hat das individuelle Handeln globale Folgen. Wir treten darum für gerechtes Wirtschaften, nachhaltige Lebensbedingungen, für Gerechtigkeit und Frieden in globalen Zusammenhängen ein. Wir unterstützen die Ziele nachhaltiger Entwicklung der Vereinten Nationen. Dieses langfristige Engagement kann gleichwohl nicht die spontane Nothilfe ersetzen, sondern nur ergänzen.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Recht auf Glaubens- und Gewissensfreiheit in jeder Hinsicht und an jedem Ort geachtet und gewahrt wird. Wer wegen seines Glaubens benachteiligt oder behindert wird, muss geschützt werden. Die Verfolgung von Menschen gleich welcher Religion muss ein Ende haben.

Wir wollen mit unseren Gemeinden nach unseren Möglichkeiten zu all diesen Zielen beitragen, weil wir uns dem Wort Gottes verpflichtet wissen.

Kassel, 6. Mai 2016